

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 14. April 2025



Sonderausgabe
zum
Koalitionsvertrag

In dieser Ausgabe

Ergebnisübersicht
Wirtschaft

Ergebnisübersicht
Äußere Sicherheit

Ergebnisübersicht
Innere Sicherheit

Ergebnisübersicht
Migration

Weitere wichtige
Ergebnisse und
Beschlüsse der
Verhandlungen

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der gemeinsame Koalitionsvertrag für eine CDU-geführte Bundesregierung ist das Ergebnis von vier Wochen intensiver und schwieriger Verhandlungen. Mit diesem Vertrag bekommt unser Land eine starke und handlungsfähige Regierung sowie den Politikwechsel, den es dringend braucht. Vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Migration.

Der Koalitionsvertrag ist eine sehr gute Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der schwarz-roten Koalition und beschreibt die Leitlinien unserer künftigen Regierungspolitik. Wir werden reformieren und investieren und damit Deutschland zu neuer Stärke führen.

Entscheidend ist nun, dass die neue Bundesregierung zügig ins Handeln kommt und den Koalitionsvertrag auch wirklich umsetzt. Denn sie wird an ihren Arbeitsergebnissen gemessen werden. Die CDU, CSU und die SPD sind als drei eigenständige Parteien in den Koalitionsverhandlungen zu einer Verantwortungsgemeinschaft zusammengewachsen, die gemeinsam das Beste für unser Land wollen. Gemeinsam nehmen wir uns der Aufgabe an, zu beweisen, dass wir aus der politischen Mitte heraus Probleme lösen und Zukunft gestalten können.

Im Folgenden finden Sie eine Übersicht einiger - aus Sicht der CDU - wichtiger Ergebnisse. Weitere Details zum Koalitionsvertrag, zu verschiedenen Einzelthemen sowie zum weiteren, zeitlichen Ablauf finden Sie unter www.cdu.de.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Osterfest. Bleiben Sie gesund.



Ihr Hermann Färber



POLITIKWECHSEL FÜR DIE WIRTSCHAFT: WIR ENTLASTEN BÜRGER UND UNTERNEHMEN, DAMIT SICH LEISTUNG WIEDER LOHNT.

- Investitions-Booster in Form einer degressiven Abschreibung auf Ausrüstungsinvestitionen von 30 Prozent in den Jahren 2025 bis 2027.
- Reduzierung der Körperschaftsteuer in fünf Schritten um jeweils einen Prozentpunkt, beginnend mit dem 1. Januar 2028. Zudem werden Optionsmodell und Thesaurierungsbegünstigung verbessert.
- Reduzierung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte der Legislatur.
- Entlastung von Unternehmen und Verbrauchern dauerhaft um mindestens fünf Cent pro kWh durch Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und Reduzierung von Umlagen und Netzentgelten.
- 25 Prozent weniger Bürokratiekosten für die Wirtschaft durch ein nationales „Sofortprogramm für den Bürokratierückbau“ bis Ende 2025.
- Abschaffung des nationalen Lieferkettensorgfaltpflichtengesetzes.
- Schaffung einer digitalen Agentur für Fachkräfteeinwanderung („Work- and-stay-Agentur“).
- Entlastung von Landwirten durch Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung.
- Abschaffung des Heizungsgesetzes und Ersetzung durch ein technologieoffenes Gebäudeenergiegesetz.
- Abschaffung des sog. Bürgergeldes und Einführung der neuen Grundsicherung mit dem Vorrang für Vermittlung sowie härteren Sanktionen bei Verweigerung.
- Einführung der Aktivrente: bis zu 2.000 Euro Gehalt im Monat steuerfrei.
- Steuerfreie Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit.
- Mehr Flexibilität für Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen durch eine wöchentliche statt der täglichen Höchstarbeitszeit.



Bildquelle: Canva.



POLITIKWECHSEL BEI ÄUSSERER SICHERHEIT: WIR MÜSSEN UNS VERTEIDIGEN KÖNNEN, UM UNS NICHT VERTEIDIGEN ZU MÜSSEN.



- Weiterentwicklung des Bundessicherheitsrats zu einem Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt.
- Höhere Ausgaben für Verteidigung bei klarer Orientierung an vereinbarten Fähigkeitszielen der NATO.
- Mehr Personal für die Bundeswehr durch einen attraktiven Wehrdienst, das zunächst auf Freiwilligkeit basiert (Orientierung am schwedischen Wehrdienstmodell).

Bildquelle: Canva.



POLITIKWECHSEL BEI INNERER SICHERHEIT: JEDER SOLL SICH IM ALLTAG OHNE ANGST FREI BEWEGEN KÖNNEN UND RUND UM DIE UHR SICHER FÜHLEN.

- Sicherheitsoffensive mit zeitgemäßen digitalen Befugnissen: Speicherung von IP-Adressen und Portnummern für drei Monate sowie die Quellen-TKÜ für die Bundespolizei zur Bekämpfung schwerer Straftaten.
- Einführung der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter gegen Frauen.
- Verschärfung des strafrechtlichen Schutzes von Einsatz- und Rettungskräften, Polizisten sowie Angehörigen der Gesundheitsberufe.
- Kampf gegen organisierte Kriminalität sowie Banden- und Clankriminalität: vollständige Beweislastumkehr beim Einziehen von Vermögen unklarer Herkunft.



Bildquelle: Canva.

POLITIKWECHSEL BEI MIGRATION: WIR SORGEN FÜR EINE GRUNDSÄTZLICHE WENDE IN DER MIGRATIONSPOLITIK.



- Zurückweisungen an unseren Staatsgrenzen auch bei Asylgesuchen in Abstimmung mit unseren Nachbarn.
- Zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte.
- Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, insbesondere um Staaten, deren Anerkennungsquote seit mindestens fünf Jahren unter fünf Prozent liegt.
- Rückführungsoffensive unter anderem durch Ausweitung der Kompetenzen der Bundespolizei, Zentralisierung der Zuständigkeiten bei Dublin-Überstellungen beim Bund und deutliche Erhöhung der Kapazitäten für Abschiebehaft.
- Umfassende gesetzliche Regelungen, um die Zahl der Rückführungen zu steigern.
- Erhöhung der Rücknahmebereitschaft von Herkunftsstaaten, auch durch den Einsatz von Visa-Vergabe, Entwicklungszusammenarbeit, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als Hebel.
- Keine „Turbo-Einbürgerung“ nach drei Jahren: Der deutsche Pass steht am Ende einer erfolgreichen Integration, nicht am Anfang.
- Konsequente Umsetzung der bestehenden Leistungsabsenkungen für Ausreisepflichtige.
- Flüchtlinge aus der Ukraine, die nach dem 1. April 2025 einreisen, sollen wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Die Bedürftigkeit muss durch konsequente und bundesweit einheitliche Vermögensprüfungen nachgewiesen werden.
- Abschiebungen auch nach Afghanistan und Syrien.
- Möglichkeit für dauerhaften Ausreisearrest für ausreisepflichtige Gefährder und Täter schwerer Straftaten nach Haftverbüßung, bis die freiwillige Ausreise oder die Rückführung erfolgt.
- Vorantreiben eines restriktiveren Asylkurses in Europa, damit zum Beispiel Asylgewährung und Rückführungszentren in Staaten außerhalb der EU ausgelagert werden können.



WEITERE WICHTIGE ERGEBNISSE UND BESCHLÜSSE DER VERHANDLUNGEN

- Reform des Wahlrechts.
- Zentrale, digitale Plattform für Verwaltungsleistungen.
- Bund-Länder-Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung.
- Investitions-, Steuerentlastungs- und Entbürokratisierungsoffensive für einen echten Wohnungsbau-Turbo.
- Einsparungen bei Personalkosten: mindestens acht Prozent weniger Personal in der Bundestagsverwaltung bis 2029 sowie eine Halbierung der Zahl der Bundesbeauftragten.
- Vereinfachung von Gründungen durch eine zentrale Anlaufstelle, die alle Anträge und Behördengänge auf einer Plattform digital bündelt und eine Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden ermöglicht.
- Freiräume für neue Ideen durch Experimentierklauseln in Gesetzen und Pilotprojekte ohne bürokratische Hürden.
- Einführung der Frühstart-Rente: 10 Euro pro Monat zur eigenen Altersvorsorge für Sechsjährige bis 18-Jährige, die in Deutschland eine Bildungseinrichtung besuchen.



Bildquelle: Canva.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de